

Meike Sophia Baader & Katharina Riechers
unter Mitarbeit von Stefanie Lüpke & Martina Ernst (IaGE e. V.)

Inklusion aus Sicht niedersächsischer Elterninitiativvereine



*„Wenn man einmal die Hürde übersprungen hat
und sich mit diesem Thema auch beschäftigt (...),
dann merkt man, okay, die Grenzen
haben nur im Kopf stattgefunden.“*

Diese Veröffentlichung entstand im Rahmen des Forschungsprojekts „Inklusive Elterninitiativen“ (IKE) am Institut für Erziehungswissenschaft, Abteilung Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Stiftung Universität Hildesheim.



Zum Team gehören: Meike Sophia Baader und Katharina Riechers.

Die Kooperationspartnerin des Projekts ist die Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen Niedersachsen/Bremen e. V. (lagE).



Gefördert im Niedersächsischen Vorab durch:



**Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur**



VolkswagenStiftung

Das Forschungsprojekt „Inklusive Elterninitiativen“ (IKE) ist eines von sechs Projekten des „Forschungsverbund Inklusive Bildungsforschung der frühen Kindheit“ des „Kompetenzzentrums Frühe Kindheit Niedersachsen“.



Weitere Informationen zu den Projekten des Forschungsverbundes erhalten Sie unter: www.uni-hildesheim.de/inklusive-bildungsforschung/

Das Dokument steht im Internet kostenfrei als elektronische Publikation (Open Access) zur Verfügung unter: <https://dx.doi.org/10.18442/176>

Dieses Werk ist mit der Creative-Commons-Nutzungslizenz „Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung 4.0 International“ versehen. Weitere Informationen finden sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Satz, Layout und Titelblattgestaltung: Jan Jäger
Titelblattabbildung: Photo by Jakob Owens on Unsplash
© Universitätsverlag Hildesheim, Hildesheim 2021
www.uni-hildesheim.de/bibliothek/universitaetsverlag/
Alle Rechte vorbehalten

Vorwort

Liebe lagE,
liebe lagE-Mitglieder,
liebe Elterninis,
liebe Leserinnen und Leser,

auf den nachstehenden Seiten möchten wir die Ergebnisse des über dreijährigen Forschungsprozesses des Projekts „Inklusive Elterninitiativen“ (IKE) mit euch teilen.

Mit der Zielsetzung, Einblicke in das Inklusionsverständnis der Elterninitiativvereine zu gewinnen, und zu erforschen, inwiefern sich ihre traditionell stärker partizipativ organisierten Einrichtungsstrukturen auf ebendieses auswirken, haben wir im Spätsommer 2017 unsere Arbeit aufgenommen.

Erste Eindrücke haben wir über eine Website- und Dokumentenanalyse von insgesamt 280 Internetauftritten ausgewählter Elterninitiativen sowie – sofern online verfügbar – deren Einrichtungskonzeptionen erhalten.

Anschließend haben wir unsere große Interviewtour begonnen: Zwischen Sommer 2018 und Winter 2019 haben wir Interviews mit Vertreter*innen aller sieben Dachverbände und mit pädagogischen Fachkräften und/oder Einrichtungsleitungen aus insgesamt 21 Elterninitiativen geführt.

Dabei sind über 28 Stunden Audioaufnahmen entstanden, deren Verschriftlichung letztlich beeindruckende 585 Seiten umfasste. Die anonymisierten Interviews wurden von uns auf Basis einer strukturierten Analysemethodik¹ weiterbearbeitet, die es uns ermöglichte, das vorliegende Material gezielt in Hinblick auf die Themenkomplexe Inklusion, Vielfalt und Partizipation zu ‚filtern‘ und aufzubereiten.

Im Folgenden haben wir die Ergebnisse, die wir im Analyseprozess durch das Zusammentragen der Teilergebnisse der einzelnen Interviews ‚verdichtet‘ haben, in fünf zentrale Punkte zusammengefasst. Sie veranschaulichen die Grundhaltung, die Elterninitiativen in Bezug auf die Themen Inklusion und Vielfalt vertreten, sie geben Einblicke in die Auseinandersetzungsprozesse, auf denen ihre Haltung und Handlungspraxis fußt und enthalten Forderungen, die Elterninitiativvereine an die Ebene der Politik richten.

Nach innen gerichtet – für euch als Teil der besonderen Trägerform Elterninitiative – können die Ergebnisse als Anlass der weitergehenden reflexiven Auseinandersetzung mit Inklusion aufgegriffen werden; nach außen gerichtet ermöglichen sie allen Lesenden einen Einblick in die Ideen, Werte und Handlungspraxen von Elterninitiativvereinen.

Abschließend möchten wir noch ein großes Dankeschön an euch richten: Wir danken der lagE, für die kontinuierliche Beratung und Zusammenarbeit im Projekt sowie den Dachverbänden, für den produktiven Austausch und ihre Kooperation – und natürlich allen beteiligten Elterninitiativen, für ihr Mitwirken an unserer Forschung, die Offenheit, mit der ihr uns empfangen habt und die tiefen Einblicke, die ihr uns in eure Einrichtungen gewährt habt!

Herzlich,
Katharina Riechers und Meike Baader

¹ Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (1991/2005): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2. Auflage, Wiesbaden: VS, S. 71–93.

1) Elterninitiativen verstehen **Inklusion als Grundhaltung**

Inklusion bedeutet, die individuelle Besonderheit jedes Menschen und aller Kinder anzuerkennen. „[B]ei uns dürfen alle Kinder so sein, wie sie sind.“

Elterninitiativvereine verweisen auf die individuellen Besonderheiten aller Menschen, die es anzuerkennen und zu berücksichtigen gilt. Dabei stellt die Akzeptanz, Anerkennung und Gleichwertigkeit der individuellen Vielfalt aller Menschen für sie eine Selbstverständlichkeit – im Sinne einer Grundhaltung, die auf den allgemeinen Menschen- und Kinderrechten fußt – dar, die jede*r erwerben sollte und die das gesamte Leben durchziehen muss. Inklusion bedeutet, jede Form von Vielfalt – die der Kinder und Familien gleichermaßen wie die der Mitarbeitenden – aufzufangen und jeden Menschen so, „wie er ist, mit dem was er kann“ anzunehmen.

Dieses grundsätzliche Verständnis vom Mensch und der Gleichwertigkeit seiner individuellen Vielfalt wird als „*Elterninitiativgedanke*“ bzw. als Einrichtungsselbstverständnis beschrieben. Elterninitiativen setzen ihr Inklusionsverständnis somit häufig

mit ihrem Selbstverständnis und ihrem Menschenbild – bzw. „*Bild vom Kind*“ – gleich. Aufgrund dessen wird Inklusion bei vielen Vereinen konzeptionell auch nicht als gesonderter Punkt aufgeführt, sondern findet sich implizit in ihrem Selbstanspruch, alle Kinder – unabhängig von Etikettierungen – als Persönlichkeiten zu verstehen, deren individuelle Bedürfnisse und Bedarfe es zu berücksichtigen gilt.

Den allgemeinen Referenzrahmen des Selbstverständnisses stellen damit primär die Menschen- und Kinderrechte und eine Pädagogik der Orientierung an den Bedürfnissen der Kinder, der Vielfalt und Teilhabe dar und weniger die direkte und unmittelbare Bezugnahme auf die Behindertenrechtskonvention oder ein explizites und dezidiertes Inklusionsverständnis. Bei dieser Grundhaltung spielt auch die Geschichte der Elterninitiativen eine Rolle. Das betrifft sowohl das gesellschaftliche bzw. gesellschaftspolitische Selbstverständnis sowie das pädagogische. Die Berufung auf die eigene Geschichte stellt für die Elterninitiativen eine Form der Selbstvergewisserung für das eigene pädagogische Handeln dar.

2) Elterninitiativen verstehen **Inklusion als Prozess der aktiven Herstellung**

Auf der *organisatorischen Ebene* bedeutet dies, Strukturen und Systeme zu verändern, um Teilhabe zu ermöglichen. „*Wir passen das Drumherum an, nicht das Kind.*“

Inklusion herzustellen, bedeutet einen Abbau von Hemmschwellen, d.h. Vielfalt zu ermöglichen und als Einrichtung „*offen für alles*“ zu sein, indem die Arbeit der Einrichtung so gestaltet wird, „*dass jeder Mensch seinen Platz finden kann*“ und Praxen so gestaltet werden, dass jede*r teilhaben kann.

Inklusion ergibt sich aus dem gestaltenden partizipativen Miteinander von Kindern, Eltern und Fachkräften einer Einrichtung. Damit Vielfalt im aktiven Miteinander sichtbar bzw. erlebbar werden kann (sogar ohne, dass sie ‚besondert‘ betont werden muss), setzen Elterninitiativen auf die Flexibilisierung bestehender Strukturen und das Finden neuer kreativer Wege der Öffnung. Durch ihre engmaschigen Vereins- und Kommunikationsstrukturen, die flach(er)en Hierarchien und die ‚geteilte Verantwortungsübernahme‘ werden offene Herangehensweisen an neue Herausforderungen ermöglicht, die

sich – verglichen mit anderen Trägern – flexibler und ‚unbürokratischer‘ umsetzen lassen.²

Auf der *pädagogischen Ebene* bedeutet dies die Berücksichtigung individueller kindlicher Bedarfe durch eine Anpassung der Rahmenbedingungen und pädagogischen Maßnahmen unter der Prämisse: „*Was braucht das Kind?*“

Inklusion wird als Ansatz begriffen, der den Ausgang des pädagogischen Handelns am individuellen Kind und seinen Bedürfnissen festzumacht; d.h. es gilt ihre Bedarfe zu fokussieren und gemeinsam zu schauen, ob und wie man diesen gerecht werden kann. Elterninitiativen treten dafür ein, dass nicht das Kind dem System „*passig*“ gemacht werden muss, sondern Bildungssettings und pädagogische Angebote so zu gestalten sind, dass sie eine flexible Anpassung an die sich verändernden individuellen Bedürfnissen des Kindes ermöglichen. Grundvoraussetzungen dafür sind eine Offenheit und ein Interesse daran, die Besonderheiten eines Kindes kennenzulernen, also bspw. durch Zuhören und Be-

2 Zur geteilten Verantwortungsübernahme als geteilte Wohlfahrtsproduktion von Eltern und Einrichtungen siehe Baader/Bollig 2019.

obachten ein Gefühl für die Themen des Kindes zu entwickeln.

Dabei ergeben sich folgende identifizierte (*Heraus-*)Forderungen:

- Inklusion als Prozess der aktiven Herstellung zu verstehen verweist auch auf Dilemmata, die sich vor allem um die gegebenen Rahmenbedingungen verdichten. Wo Ressourcen – Zeit, Personal, Ausstattung, finanzielle Mittel – fehlen, stehen Einrichtungen vor der Herausforderung, ihren Selbstanspruch, die Teilhabe aller zu ermög-

lichen, und die Grenzen dessen, was ein Verein leisten kann, in Einklang zu bringen.

- Inklusion als Herstellungsprozess zu fassen, wird jedoch auch als ein Plädoyer für Eigeninitiative und Mitgestaltung verstanden: die Vereine sprechen sich dafür aus, angesichts bisher nur mangelnd vorhandener Rahmenbedingungen (bspw. Stichwort integrative Betreuung) nicht zu resignieren, sondern im Kleinen – in der eigenen Einrichtung und bei den eigenen Handlungspraxen – zu beginnen und dort anzusetzen, um Dinge zu verändern oder inklusiver zu gestalten.

3) Elterninitiativen verstehen **Inklusion als Prozess der reflexiven thematischen Auseinandersetzung**

Inklusion bedeutet ein „*sich auf den Weg machen*“

Auf *gesamtgesellschaftlicher Ebene* betrifft dies bspw. das kritische Hinterfragen von Normvorstellungen: „(...) *die Norm haben wir ja selber uns erschaffen im Kopf.*“

Der Inklusionsdiskurs wird von den Elterninitiativen als Prozess der öffentlichen Auseinandersetzung mit vielfältigen Lebenslagen verstanden, der durch die in ihm handelnden Akteur*innen erschaffen wird und permanenten Veränderungen unterliegt. Inklusion bedeutet daher einen fortwährenden unabgeschlossenen Prozess, der sich sowohl auf der individuellen als auch auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene bewegt, und sich zum Ziel setzt, exkludierende Strukturen reflexiv aufzuarbeiten und zu verändern. Dabei erfordert es die Komplexität der Inklusionsdimensionen, bewusst Reflexionsräume zu schaffen: eine inklusive Haltung kann nicht als „*Missionsgedanke*“ von Oben initiiert werden, sondern muss individuell erworben bzw. reflexiv durchdrungen werden.

Auf *Ebene der pädagogischen Fachkräfte* lassen sich mit der „*Inklusionsbrille (...) verschiedene Fokussierungen*“ herstellen.

Die pädagogischen Fachkräfte der Elterninitiativen verstehen sich als Begleitende der Kinder bei deren individueller Auseinandersetzung mit Vielfalt und sind sich darüber bewusst, dass ihre Einstellung auch Einfluss auf die Sichtweisen der Eltern nehmen kann. Sie müssen daher selbst Möglichkeit zur reflexiven Auseinandersetzung mit Inklusion bekommen, um den Kindern und Eltern gegenüber eine entsprechende Einstellung vermitteln zu können.

Auf der individuellen Ebene beginnt dieser Reflexionsprozess häufig mit einem ‚Aha-Erlebnis‘ – etwa durch die Konfrontation mit einer neuen oder her-

ausfordernden Situation. Zudem unterstützen die Dachverbände diese Reflexionsprozesse gezielt, indem sie bspw. im Rahmen von Fortbildungen, Workshops oder Fachberatungen für exkludierende Mechanismen sensibilisieren – d. h. den Blick auf eine gegebene Situation zu verändern (Perspektivwechsel) und auf Basis dessen Veränderungen anzustoßen und zu begleiten. Dabei wird Inklusion von den Elterninitiativen als Querschnittsthema verstanden, das nicht separat, sondern in jeden anderen Bereich eingebettet zu denken ist.

Kinder nehmen einander in erster Linie als Individuen wahr („*Das jedes Kind halt anders ist.*“) und fokussieren eher auf Vielfalt und Gemeinsamkeiten. Sie begreifen Unterschiede damit als eine „*individuelle Sache*“, der gegenüber sie eine „*grundlegende Toleranz*“ mitbringen, sodass sie in der Regel von sich aus „*total vielfältig und barrierefrei*“ agieren.

Auf *Ebene der Kinder* wird damit ersichtlich: Kinder verstehen Vielfalt als Normalität. „*Unterschiedlichkeit ist kein Alleinstellungsmerkmal, sondern was Normales.*“

Kinder er- und hinterfragen individuelle Unterschiede (bspw. im Rahmen der sich entwickelnden Selbst- und Fremdwahrnehmung) lediglich, um diese einordnen zu können und ggf. auf aus den Unterschieden hervorgehende Bedarfe reagieren zu können: „*Warum reagiert das Kind jetzt so? Was ist mit dem? Kann ich dem helfen?*“

Wie Kinder mit den wahrgenommenen Unterschieden umgehen, kann z.T. individuell unterschiedlich sein. Grundsätzlich ist es aber allen Kindern ein Anliegen, bspw. auch angesichts bestimmter Beeinträchtigungen oder Sprachbarrieren Wege des Kontaktaufbaus untereinander zu finden (etwa über den Einbezug der Herkunftssprache eines Kindes oder Gebärden).

Die Auseinandersetzung der Kinder mit Vielfalt wird durch die Elterninitiativen zudem pädagogisch unterstützt, bspw. durch Bilderbücher (sodass „*jedes Kind wirklich seine eigene Lebenswelt halt auch wiederfindet*“) und Portfolioarbeit („*aus welcher Familie kommst du?*“). Ziel der gemeinsamen Auseinandersetzung mit Vielfalt ist ein respektvolles Miteinander, das es ermöglicht, sich gegenseitig bei der individuellen Weiterentwicklung zu unterstützen.

Auf Ebene der Eltern gilt es, alle Eltern am „[...] Prozess zu beteiligen und es offen zu machen.“

Durch das enge Miteinander ist den Elterninitiativen zwangsläufig eine größere Nähe aller Beteiligten gegeben; dies kann dazu beitragen, ein Verständnis für die individuellen Bedürfnisse und Lebenssituationen anderer Familien, oder auch die Situation der pädagogischen Fachkräfte, zu entwickeln.

Dennoch registrieren Elterninitiativen bzgl. der Wahrnehmung und Bearbeitung der Themen Vielfalt und Unterschiedlichkeit durch die Eltern auch Bedarfe, die die Notwendigkeit eines gemeinsamen

transparenten Reflexionsprozesses verdeutlichen. So nehmen Eltern bspw. zum einen kindliche Entwicklungsunterschiede häufig vergleichend und druckbehaftet wahr („*Aber das muss es doch jetzt schon können*“); zum anderen werden bzgl. Vielfalt und Inklusion z.T. auch Diskrepanzen zwischen der Haltung des Teams und jener einzelner Eltern ersichtlich. Pädagogische Fachkräfte erachten es daher als einen ihrer „*größten Jobs*“, Eltern für „*Vielfaltsdimensionen*“ zu sensibilisieren und sie zur Bewusstmachung und Auseinandersetzung „*mit Vorurteilen, mit eigenen Bildern, mit Stereotypen*“ anzuregen – zum Beispiel, indem sie gezielt eine wechselseitige Sensibilisierung der Eltern für unterschiedliche Familiensituationen anbahnen, oder im Rahmen von Themenelternabenden zur selbstreflexiven Auseinandersetzung mit Vielfalt und Inklusion anregen.

Ziel der gemeinsamen Reflexion ist es, zu einer „*offene[n] Haltung*“ der Eltern beizutragen und ein Gruppenklima zu schaffen, das Vielfalt anstrebt und wertgeschätzt. Für ein solchermaßen verstandenes inklusives Selbstverständnis ist Elternarbeit zentral.

4) Elterninitiativen verstehen **Inklusion als Aufforderung zur selbstreflexiven Auseinandersetzung** mit ihren trägerspezifischen Strukturen und Besonderheiten.

Sowohl hinsichtlich *exkludierender bzw. zugangsbeschränkender Faktoren*: „*Also bunt ist super, aber es müssen dann auch alle mitmachen.*“

Elterninitiativen ist bewusst, dass Exklusion durch grundlegende zugangsreglementierende Faktoren (bspw. Anforderungen an Gruppengröße, Altersstruktur, ausgewogenes Geschlechterverhältnis) eine alle Kitas betreffende Tatsache ist. Dennoch zeigt sich für sie insbesondere mit Blick auf die Vergangenheit, dass den Vereinen der Ruf, „*elitär*“ zu sein, in einer trägerspezifisch besonderen Weise anhaftet. Elterninitiativen sind in ihrem entstehungsgeschichtlichen Kontext als Selbsthilfeorganisationen zu verstehen, d. h. einem Zusammenschluss von Gleichgesinnten (z.B. Befürwortenden bestimmter pädagogischer Konzepte), was zu einem erschwerten Zugang bzw. Ausschluss von Anderen führen kann.³

Elterninitiativen attestieren sich daher bzgl. Inklusion z.T. ambivalente Strukturen; sie konnten bzw. können mitunter als „*exklusiv-inklusive Bereich*“ beschrieben werden, in dem Inklusion durch

die engen, funktionalen Beziehungen aller Beteiligten im Inneren gut umsetzbar ist, während gleichzeitig eine Abgrenzung nach außen hin erfolgt. Inwiefern Vereine dies als für sie zutreffend beschreiben, oder als Herausforderung empfinden, und wie sie ebenjener begegnen, variiert mitunter – bspw. indem Strukturveränderungsprozesse eingeleitet, oder Handlungspraxen innerhalb der bestehenden Strukturen verändert werden.

Einrichtungen, die sich kritisch zur Vielfalt ihrer Gruppenzusammensetzung äußern, beschreiben bspw., dass sich die Heterogenität des Stadtbilds nicht immer entsprechend in den Einrichtungen wiederfindet. Zur Elternschaft gehören hier häufig überproportional viele Akademiker*innen sowie vorrangig heterosexuelle Paare und intakte Familien, die ähnliche pädagogische Vorstellungen vertreten, eine ähnliche Einstellung zur elterlichen Mitarbeit im Verein mitbringen und über entsprechende (zeitliche und/oder finanzielle) Mittel verfügen, um sich entsprechend engagieren zu können. Demgegenüber unterrepräsentiert sind oftmals Familien mit Migrationshintergrund (oder Flucht-

3 Auch die Problematik, elitär zu sein, steht in einer historischen Tradition und begleitet die Elterninitiativen seit ihrer Entstehungsgeschichte um 1970; siehe dazu bspw. Baader 2008 und 2020.

erfahrung), vielfältige Familienmodelle (z. B. Alleinerziehende) sowie sozial schwächere oder bildungsfernere Familien.

Elterninitiativen reflektieren dies kritisch und befassen sich daher auch mit den strukturellen und organisatorischen Zugangshürden, die Einfluss auf die Zusammensetzung der Gruppen nehmen können. Sie vermuten, dass sich sowohl das Einzugsgebiet/die Lage einer Einrichtung als auch ihre individuelle pädagogische Konzeption, der Umfang ihres Betreuungsangebots (Gruppenanzahl, Gruppengröße, Betreuungszeiten) oder ggf. erhöhte zusätzliche Kostenbeiträge⁴ darauf auswirken können, welche Eltern sich in einer Elterninitiative bewerben. Zugangshemmnisse können zudem auch durch den Bewerbungsprozess selbst entstehen, bspw., wenn dafür bestimmte Selbstorganisations-, Medien- oder Sprachkenntnisse erforderlich sind.

Insbesondere für Einrichtungen, deren Fortbestand und Funktionalität in hohem Maße vom Engagement und der Mitarbeit der Eltern abhängig ist, kann auch die Frage der Elterndienste zur Zugangshürde werden: die zeitlichen Ressourcen und das Engagement, das hierfür aufzubringen sind, können zum einen z. T. abschreckend auf Eltern wirken; zum anderen besteht das Risiko, dass die elterlichen Ressourcen als Entscheidungskriterium für oder gegen eine Familie herangezogen werden (dies zeigt sich erfahrungsgemäß besonders deutlich, wenn die bereits bestehende Elternschaft einer Elterninitiative die Auswahl der Neuzugänge aktiv mitbestimmt).

Elterninitiativen befassen sich durchaus reflexiv mit der Wirkmächtigkeit der eigenen, je einrichtungsspezifischen Ausschlussmechanismen; dennoch zeigt sich: Obwohl viele Einrichtungen den Wunsch nach mehr Vielfalt (bzgl. Herkunft der Familien, Einkommen/sozialer Schicht, Bildungsstand, Familienmodell) äußern, besteht z. T. auch die Sorge, wie sich eine heterogenere Elternschaft auf das Elternengagement auswirken könnte, das für Elterninitiativen charakteristisch, konzeptionell erwünscht und organisatorisch oftmals unabdingbar ist. Damit steht der Wunsch nach einer heterogeneren Elternschaft gleichzeitig der Sorge, dass dies ggf. zu Unruhen in der Elternschaft (im Sinne des Aufeinandertreffens unterschiedlicher Vorstellungen/Praktiken) führen könnte, was als Risikofaktor hinsichtlich der Elternbeteiligung im Verein empfunden wird: „Nur ohne die [Elternbeteiligung] geht es halt nicht.“

Diesem Dilemma wird mitunter dadurch begegnet, dass kategoriale Zuschreibungen bewusst – im Sinne eines sehr weit formulierten Inklusionsver-

ständnisses – dekonstruiert werden: Sofern Heterogenität als individuelle persönliche Vielfalt verstanden wird, kann bspw. eine Einrichtung, die ihre Elternschaft in Bezug auf einige Merkmale (bspw. primär akademisch geprägt und gut situiert) als homogen beschreibt, sich mit dem Fokus auf die persönliche Einzigartigkeit aller Menschen dennoch als vielfältig begreifen. Vielfalt bleibt damit stets auch Auslegungssache.

Als auch hinsichtlich *inkludierender bzw. teilhabeförderlicher Faktoren*: „[W]ir helfen und unterstützen uns. Es hat ja jeder mal irgendwas.“ – „Also da trägt dann dieses Netz schon auch/Das ist dann schon ziemlich stabil und kann auch was.“

Hinsichtlich der Vielfältigkeit ihrer Zusammensetzung verstehen sich viele Elterninitiativen heute durchaus als „*Querschnitt der Gesellschaft überall*“; dabei kann eine diverse Zusammensetzung je nach Standort variieren. Einige Einrichtungen empfinden sich dahingehend bereits als „*gut gemischt*“, andere versuchen über die reflexive Auseinandersetzung mit möglichen bestehenden Exklusionsmechanismen und dem Einwirken auf die Einrichtungsstrukturen gezielt eine heterogene(re) Gruppenzusammensetzung anzustreben – z. B. über eine diversitätssensible Steuerung der Zusammensetzung im Rahmen des Aufnahmeprozesses, oder eine flexible Gestaltung der elterlichen Mitarbeit, sodass sich alle Eltern entsprechend ihrer Kompetenzen und zeitlichen Ressourcen einbringen können.

Elterninitiativen sind damit gemeinsamer Lebens- und Erfahrungsraum für verschiedenste Menschen, der durch das enge Miteinander in den Vereinen entscheidend geprägt wird. Sowohl organisational als auch ihr Selbstverständnis betreffend unterscheiden sich Elterninitiativen häufig bis heute von Einrichtungen in anderer Trägerschaft: Durch die ‚geteilte Verantwortung‘ für den Verein stehen Eltern und pädagogische Fachkräfte in einem engeren Austausch; sie diskutieren organisatorische und auch pädagogische Fragen, finden Lösungen für neue Herausforderungen und bleiben dadurch, dass jede neue Elterngeneration eigene Wünsche und Bedürfnisse an die Einrichtung heranträgt, in ihren Ideen und Strukturen dynamisch und flexibel.

Auch der Zusammenhalt innerhalb der Elternschaft wird oftmals als sehr eng beschrieben; dies wird auch durch die gemeinsamen Elterndienste zusätzlich bestärkt: durch die Zusammenarbeit entsteht eine Nähe, die den Eltern Einblick in vielfältige Lebenssituationen und individuelle familiäre Be-

4 Die IKE-Erhebungen fanden von 2018 bis 2019 – und damit an der Schwelle zur Einführung der Beitragsfreiheit – statt, die in Niedersachsen zum 01.08.2018 durch eine Novellierung des KitaG rechtsgültig wurde. Damit dürfen Einrichtungen mittlerweile keine zusätzlichen Betreuungskosten erheben. Zusätzliche Kosten können aber weiterhin für freiwillige Angebote anfallen, wie z. B. für Musik- oder Kunstangebote, für Ausflüge o. Ä..

dürfnisse gewährt, was sich prägend auf ihren Umgang mit Vielfalt auswirken und zu mehr Offenheit und Solidarität beitragen kann.

So waren Elterninitiativen die ersten Einrichtungen, die seinerzeit – noch bevor es dazu eine rechtliche Grundlage gab – in ihren ‚Regeleinrichtungen‘ auch Kinder mit Beeinträchtigungen aufgenommen und integrativ (Stichwort ‚graue‘ Integration) betreut haben.⁵ Durch die solidarische Zusammenarbeit von Eltern und Fachkräften wurden gemeinschaftlich Bedingungen geschaffen, um den Bedarfen der Kinder gerecht zu werden. Erstmals ergab sich damit für Eltern, die ihre Kinder nicht in segregierenden Einrichtungen geben wollten, die Möglichkeit, in

Eigeninitiative entsprechende Betreuungsplätze zu schaffen und damit eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Kategorie Behinderung anzustoßen.

Elterninitiativen zeichnen sich damit – auch in Hinblick auf die Thematik Inklusion – durch eine empowernde Haltung aus. Statt die *„Hände in den Schoß [zu] legen“*, nutzen sie als Gemeinschaft die Kompetenzen und Netzwerke aller Mitglieder, um in produktiver Kombination dessen, was jede*r individuell einbringen kann, tragende Unterstützungsstrukturen zu schaffen. Auch für dieses Selbstverständnis, das auf Empowerment setzt, spielt das historisch tradierte Selbstverständnis eine Rolle.

5) Elterninitiativen identifizieren rund um die Thematik Inklusion verschiedene **Widersprüche und Spannungsfelder**, aus denen sie **bildungs-/sozialpolitische Forderungen** ableiten.

Elterninitiativen distanzieren sich von einem *eng gefassten Inklusionsverständnis*, das *„Inklusion gleich [sichtbare] Behinderung“* setzt.

Elterninitiativen distanzieren sich z. T. gezielt davon, Inklusion als ‚Label‘ zu führen und kritisieren, dass der gesamtgesellschaftliche Inklusionsdiskurs noch allzu häufig auf die Kategorie ‚Behinderung‘ (und bzgl. Kita auf integrative Betreuung) reduziert wird. Sie mahnen an, dass sich die individuellen Bedarfe von Kindern und Familien – und damit einhergehend auch die der Einrichtungen – nicht unter dem immer noch praktizierten, eng gefassten Inklusionsverständnis zusammenfassen lassen.

Die bürokratische Differenzierung in ‚Integrations- und Regelkinder‘ ist für die Elterninitiativen damit Ausdruck eines Widerspruchs zwischen einem weiten Inklusionsverständnis, das die Vielfalt aller Menschen als Normalität anerkennt, und der Konstruktion verschiedener Gruppen, anhand derer letztlich Ausschluss legitimiert wird. Sie verweisen damit auf die Unvereinbarkeit des inklusiven Gedankens mit der derzeitigen Label- und Etikettierungspraxis.

Vor diesem Hintergrund üben sie Kritik an den gegebenen *Rahmenbedingungen und deren Umsetzung*: *„(...) dass man wirklich sagt so, das ist für alle. Und für alle heißt, ja für alle. Dann muss ich nicht erstmal gucken, so wen habe ich jetzt hier und ist einer dabei, der ein ‚i‘ hat.“*

Vielfalt wird gesellschaftlich – und somit auch für Kitas – als normativ erstrebenswert gesetzt, jedoch gleichzeitig durch bestehende Regularien (*„bürokratische[.] Hürden“*) beschränkt. Ersichtlich wird für die Elterninitiativen somit eine Diskrepanz zwischen dem Inklusionsdiskurs und der praktischen Umsetzung *„von oben her“*, die einer Finanzierungs- und Einsparungslogik folgt. Die eigentlich selbst befürwortete Vielfalt findet sich in den Einrichtungen daher z. T. nicht (immer) entsprechend wieder bzw. stößt an den Rahmenbedingungen an ihre Grenzen: *„Bekomme ich Zeit dafür, mich damit auseinanderzusetzen, um das Kind auch verstehen zu können? Gibt es hier die Möglichkeiten, die Kinder auch entsprechend zu fördern mit Material, mit Räumlichkeiten, mit Personal? DAS sind die Faktoren.“*

Eine Grundproblematik wird dabei in der Abhängigkeit der Finanzierung entsprechender Rahmenbedingungen von diagnostischen Zuschreibungen gesehen (Stichwort Etikettierungs-Ressourcen-Dilemma). Einerseits wird angestrebt, Vielfalt zu leben, ohne Differenzmerkmale explizit thematisieren zu müssen, andererseits bleibt bei der derzeitigen Umsetzung der Inklusionspraxis die Notwendigkeit bestehen, Differenzmerkmale hervorzuheben, um den Betroffenen gerecht werden zu können. Dieser Zwiespalt wird als systemisch begründet beschrieben: *„Es ist schon schizophren, aber es läuft halt so. (...) Und so lange der Bedarf sich halt immer auf ein Defizit begründet, ist es halt so.“*

Elterninitiativen mahnen angesichts dessen nachdrücklich an, dass Kinder, Familien und päd-

5 Siehe dazu Baader 2014. Auch der Anspruch der gemeinsamen Reflexion dessen, was Erziehung, Kindheit und Integration ist und sein sollte, charakterisiert die Elterninitiativen von Beginn an.

gogische Fachkräfte im Kontext von Inklusion nicht zu Leidtragenden des politischen Taktierens mit Qualitätsstandardsetzungen, Rahmenbedingungen und deren Finanzierung werden dürfen.

Sie erheben daher *bildungs-/sozialpolitische Forderungen* bzgl. Inklusion in der pädagogischen Praxis: „[...] *dass es überhaupt gar keine Frage ist, ob man eine Regeleinrichtung ist oder eine inklusive oder integrative Einrichtung, sondern, dass das bitte einfach mal für alle so ist, damit die Kinder da, wo sie wohnen, einfach ihren Ort finden.*“

Elterninitiativen plädieren grundlegend für den Abbau struktureller Barrieren und mehr „*Entscheidungsfähigkeit*“ und „*Weitblick*“ der bildungs- und sozialpolitischen Entscheidungstragenden. Sie fordern, Inklusion nicht nur als Label zu verstehen, sondern das inklusive Ausgestalten von Arbeit auch durch entsprechende finanzielle und personelle Mittel zu ermöglichen – bspw. durch Änderungen im KitaG⁶, die angepasste Rahmenbedingungen schaffen und mehr Flexibilität bei deren Ausgestaltung gewähren.

Thematisiert werden in diesem Kontext:

- Forderungen nach veränderten Personalstrukturen: Personalschlüssel erhöhen (bspw. eine Drittkraft in allen Gruppen, eine heilpädagogische Fachkraft in allen Gruppen), sodass Fachkräfte mehr Zeit haben, sich den individuellen Bedürfnissen der Kinder entsprechend anzunehmen
- Forderungen nach besserer Personalstundengestaltung: mehr Verfügungszeit, sodass pädagogische Fachkräfte und Teams Zeit haben, ihr Handeln zu reflektieren und sich befähigt fühlen, die an sie gestellten Anforderungen anzunehmen
- Reduktion der Gruppengrößen
- Reduktion des Verwaltungsaufwands

Zusammenfassend betrachtet fällt auf, dass sich die Elterninitiativen mit diesen Forderungen eine grundsätzliche Anpassung der Rahmenbedingungen aller Kita-Gruppen an die bislang lediglich für Integrationsgruppen geltenden Rahmenvorgaben wünschen – was nicht erstaunt, da sie sich dafür aussprechen, eine Differenzierung in Integrations- und Regeleinrichtungen langfristig aufzuheben.

Sie fordern daher in Bezug auf die gegenwärtig geltenden Praxen des integrativen Arbeitens:

- eine Flexibilisierung der Gewährungs- und Unterstützungsstrukturen: bedarfsgerechte Mittelerstattung (ohne „*erst kämpfen zu müssen*“; ohne „*jedes Mal hinter Geld herlaufen*“ zu müssen), um bspw. eine heilpädagogische Fachkraft oder eine*n Einzelfallhelfende*n anstellen zu können
- mehr Planungssicherheit für Fachkräfte, Einrichtungen und Familien: bspw. durch die Flexibilisierung der gegenwärtig geltenden Förder-/Regelstunden-Regelung und die Möglichkeit der dauerhaften Anstellung einer heilpädagogischen Fachkraft (ohne die Abhängigkeit von einem personengebundenen Bedarfsnachweis)
- die Anpassung der Rahmenbedingungen integrativ arbeitender Krippen an Integrationsgruppenstandards
- und das Ermöglichen transparenter Zugangs- und Anschlussstrukturen: alle Familien sollten bzgl. der Bildung und Betreuung ihrer Kinder vielfältige Entscheidungsmöglichkeiten haben, d. h. die „*Absicherung*“ einer „*nahtlose[n] Perspektive*“ muss auch für Kinder mit sogenanntem besonderem Förderbedarf gegeben sein

Um zukünftig den Wandel vom integrativen zum inklusiven Arbeiten zu initiieren, plädieren Elterninitiativen dafür:

- Inklusion als Querschnittsthema der Aus-, Fort- und Weiterbildung zu stärken: d. h. auf der reflexiven Ebene das Erschließen der Inklusionsthematik bereits in der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften zu forcieren und als (möglichst verpflichtendes) Fortbildungsmodul für bereits tätige Fachkräfte zu verankern sowie auf der handlungspraktischen Ebene durch den gezielten Einbezug heilpädagogischer Ausbildungselemente das Fachwissen aller pädagogischen Fachkräfte zu stärken
- sowie die individuelle bzw. bedarfsgerechte Förderung aller Kinder von Etikettierungen zu entkoppeln: bspw. durch ein unabhängiges Finanzmodell, das bisher einzeln finanzierte Posten wie Bildung, Inklusion und Sprachförderung von Zuschreibungs-/Anerkennungsprozessen löst, sodass Inklusion einen geringeren Verwaltungsaufwand bedeutet sich durch eine angemessene Grundfinanzierung in jeder Einrichtung alltagsintegriert umsetzen lässt

6 Seit dem 16.11.2020 liegt der Entwurf für eine weitere Novellierung des niedersächsischen KitaG vor, zu dem verschiedene Interessengruppenvertreter*innen und Verbände kritisch Stellung bezogen haben. Eine Übersicht der Stellungnahmen und Offenen Briefe ist online abrufbar unter: <https://www.nifbe.de/infoservice/aktuelles/1823-in-der-diskussion-das-neue-kitag>.

Das Inklusionsverständnis der Elterninitiativen lässt sich abschließend zusammenfassen:

Es basiert auf einem weiten Inklusionsverständnis, das sich an Menschen- und Kinderrechten orientiert. Inklusion ist dabei ein unabgeschlossener, reflexiver Prozess. Dieser zielt auf eine gesellschaftliche und eine organisationale Ebene der Einrichtungen, auf den pädagogischen Umgang mit den Kindern, auf die Arbeit mit den Eltern und schließlich auf die Ebene der Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte. Das Inklusionsverständnis der Elterninitiativen verfolgt die Herstellung inklusiver Lebens- und Erfahrungsräume und eine Normalisierung von Inklusion als Prozess. Damit ist Inklusion bei den Elterninitiativen mehr als nur eine enger gefasste inklusive Pädagogik, sondern eine sich auf mehreren Ebenen vollziehende unabgeschlossene und stets zu reflektierende Praxis.

weiterführende Fachliteratur

- Baader, Meike Sophia (2008): „Seid realistisch, verlangt das Unmögliche!“ Wie 68 die Pädagogik bewegte. (S. 16–35), Weinheim/Basel: Beltz.
- Baader, Meike Sophia (2014): Die reflexive Kindheit. In: M.S. Baader, F. Eßer & W. Schröer (Hrsg.), Kindheiten in der Moderne. Eine Geschichte der Sorge. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 414–455.
- Baader, Meike Sophia (2020): Von der Antiautorität zur Diversität. Soziale Differenzen in Kinderläden und Elterninitiativen von den 1970er Jahren bis heute. In: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, 46. Jg., H. 2, S. 200–230.
- Baader, Meike Sophia; Bollig, Sabine (2019): „Elternbeiträge“: Eltern als individuelle wie kollektive Wohlfahrtsproduzenten im Feld der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 39. (H. 2), Beltz Juventa, S. 134–151.
- Baader, Meike Sophia; Riechers, Katharina (2018): Kitas in Selbstorganisation: Elterninitiativen gestern – heute – morgen. In: Kita aktuell, 26. Jg., KiTa ND. Köln: Carl Link, S. 224–226.
- Baader, Meike Sophia; Riechers, Katharina (2019): Elterninitiativen als Thema der Kindheits- und Bildungsforschung. Inklusion und Vielfalt mit Eltern Hand in Hand gestalten. In: AuflagE – Die Fachzeitschrift der Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen Niedersachsen/Bremen e.V. (Hrsg.), Nr. 18, Hannover, S. 9–11.
- Riechers, Katharina; Baader, Meike Sophia (2021 i. E.): Projektvorstellung „IKE – Inklusive Elterninitiativen“. In: C. Bätge, P. Cloos, F. Gerstenberg, K. Riechers (Hrsg.): Inklusive Bildungsforschung der frühen Kindheit. Empirische Perspektiven und multidisziplinäre Zugänge. Weinheim: Beltz Juventa.

„Wir können nicht warten, dass die Rahmenbedingungen irgendwann optimal sind und so lange die Hände in den Schoß legen. (...) Sondern zu gucken, an welchem Punkt können wir schon mal ansetzen. (...) Und es gibt immer Punkte, an denen man ansetzen kann.“